

Die Wende und ihre Folgen

Die DDR nach dem Ende der SED-Herrschaft

Eine knapp 14tägige Reise durch die DDR unmittelbar nach den Volkskammerwahlen gab Gelegenheit zu mancherlei Beobachtungen und vielen Gesprächen über die Wirkungen der Vergangenheit, über die aktuelle politische, gesellschaftliche und kirchliche Situation und über die Hoffnungen und Befürchtungen der Menschen. Sie werden hier in einem mit Absicht persönlich gefärbten Resümee festgehalten. Dieses schließt mit einigen gesamtdeutschen Überlegungen zum Hauptstadtproblem, zu möglichen Veränderungen der Parteienlandschaft, zum deutschen nationalen Gedankengut und zu Rolle und Status der Kirchen in einem vereinigten Deutschland. Der „Reportage“ folgen Interviews mit dem

Ostberliner Filmregisseur und Volkskammerabgeordneten Konrad Weiss, mit dem evangelischen Bischof Christoph Demke (Magdeburg), mit dem katholischen Bischof Joachim Wanke (Erfurt) und dem Gründungsvorsitzenden des „Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR“, Professor Hans Joachim Meyer (Ostberlin/Potsdam). Die Fragen stellte David Seeber.

Das „Sonderdossier DDR“ schließt mit die Kirche in der DDR zu Besinnung und Aktion mahnenden Thesen von Professor Konrad Feiereis (Erfurt). Seine Ausführungen artikulieren Erwartungen und Problemstellungen des Zeugen vor Ort.

Zwischen Volkskammerwahl und Währungsunion

Eindrücke von einer Reise durch eine nachrevolutionäre Landschaft

Während der Mittagsmeditation im Französischen Dom zu Ostberlin sang die kleine, durch Passanten nur geringfügig verstärkte Gemeinde: „Wer gibt uns Leben und Geblüt? Wer hält in seiner Hand den güldnen, werten, edlen Fried' in unserem Vaterland?“ Und der reformierte Pastor sprach besinnlich-hintersinnige Worte über Vergessen und Vergeben, über Gerüchte und Versöhnung und über Verräter mit einer etwas eigenwilligen, im einzelnen nicht im Gedächtnis gebliebenen Interpretation der Judasgeschichte. Man verstand und meinte doch nur teilweise zu verstehen. Die Anspielungen auf die Situation von Staat und Land und die Menschen in ihm waren jedenfalls nicht zu überhören.

Ein Sieger stellt sich zögernd der Verantwortung

Dem Dom gegenüber auf der anderen Straßenseite in dem stattlichen, sich gut in das Straßenbild einfügenden, rotgetönten CDU-Gebäude arbeiteten zur gleichen Zeit die Gewinner der Wahl daran, mit ihrem Sieg fertig zu werden. Ziemlich hektisch ging es zu, zugleich leise und doch auf eine unkomplizierte Weise offen, auch ein wenig desorganisiert. Obwohl als ehemalige Blockpartei mit ausgewechseltem Führungspersonal und teilweise ausgewechselter Mitgliedschaft gut etabliert, schien die große Siegerin der Wahl das noch Improvisatorische mit den anderen neuen politischen Gruppierungen weitgehend zu teilen. Jemand von der politischen Gegenseite, der sich nach einem Programm der ungeliebten Konkurrentin DSU ausgerechnet bei der CDU erkundigte, wurde – man war noch im Vorstadium der Koalitionsverhandlungen, aber das Ergebnis, die in der Karwoche nach vielem Hin und Her doch erstaunlich schnell gebildete große Koali-

tion, war bereits einigermaßen absehbar – nicht fündig. Ein Programm der eigenen Partei für den westlichen Besucher fand sich auch erst nach einiger Mühe.

Selten kommt es vor – wie am 18. März in der DDR geschehen –, daß jemand Wahlsieger sozusagen gegen alle eigenen Kalkulationen und gegen die seiner Parteifreunde wird, wie jetzt die CDU-Ost mit auf Anhieb über 40 Prozent der Stimmen. Noch im Februar hatte die SPD in Umfragen über 50 und die CDU nur knapp über zehn Prozent gelegen. Zuletzt in den Tagen unmittelbar vor der Wahl hatte mancher nach ungewöhnlichem Aufholen zwar auf einen leichten Vorsprung der Allianz vor den Sozialdemokraten gehofft, aber eben gehofft für die Allianz, nicht mehr. Nun war man vom Ergebnis selbst fast wie vom Blitz getroffen. Und es war offenbar nicht leicht, mit ihm zurechtzukommen.

Bis Dienstag nach der Wahl, so wird versichert, war noch offen, ob nicht doch der vor der Wahl immer wieder genannte Konsistorialpräsident Manfred Stolpe Ministerpräsident werden sollte. Man sah es Lothar de Maizière öffentlich an, wie sehr sich in ihm alles sträubte, sich der Verantwortung für die Regierungsbildung zu stellen, die Führung eines Staates im Abbruch zu übernehmen und diesen ohne unzumutbare Nachteile für die eigene Bevölkerung in Verhandlungen mit der Bundesregierung in ein politisch sich einigendes Deutschland zu überführen. Seiner Entscheidung war wohl manch schlaflose Nacht vorausgegangen, und seine unmittelbare Umgebung machte sich Sorgen über seine Gesundheit und Durchhaltekraft. Aber dann, als sie endgültig gefallen war und während der gelegentlich verwirrenden, gelegentlich etwas unprofihafte Koalitionsverhandlungen gewann der ehemalige Synodalvizepäsident und Abkömmling hugenottischer Ein-

wanderer in das noch vorfriederizianische Preußen an Souveränität und an Statur. Und er wird, dies war schon Ende März in Ostberlin zu spüren, für Bonn kein leichter Verhandlungspartner sein, nicht nur, weil er einer großen Koalition vorsteht, in der es viele Rücksichten zu nehmen gilt.

Zwischen Ost-CDU und dem Kohlschen Bonn, auch das war deutlich erkennbar, herrscht nicht eitel Harmonie. Man will und wird nicht Befehlsempfänger sein, auch wenn Bonn die Währungs- und Finanzdaten „diktiert“ und die DDR mit der Währungsunion bereits einen Großteil ihrer Souveränität aufgeben muß. Man sieht sich als nicht langlebiges Provisorium – das wohl, aber gleichsam morgen schon gesamtdeutsche Wahlen und Aufgehen in einem gesamtdeutschen Staat? Es klingt nicht nach Freude an der Selbstabschaffung. Wenigstens ein bißchen mehr Zeit hätte man schon gerne. Und da sind auch noch Altlasten und Mißverständnisse aus der Zeit davor und während die Allianz gebildet wurde. Bonn resp. der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende wollte die Allianz wohl auch im Blick auf mögliche künftige Parteikonstellationen in einem Gesamtdeutschland und auch weil man anders als die Berliner CDU und die Union in diversen Bundesländern der De-Maizière-CDU nicht traute und vor allem nicht viel zutraute. Auch in Bonn hatte es am Abend des 18. März überraschte Sieger gegeben. Man hatte auf die Allianz gesetzt, weil man die CDU selbst als Vehikel der Erwartungen, die sich auf Bonn richteten, unterschätzte. Man wird es, das ist offensichtlich, miteinander noch zu tun bekommen.

Nach den Kämpfern kamen die Paradesoldaten

Die *Sozialdemokraten* indessen, in der Otto-Grotewohl-Straße nicht weit von der CDU, müssen in diesen letzten Märztagen nicht nur mit einer sie überraschenden Niederlage fertig werden. Sie werden, anders zwar als der Demokratische Aufbruch vor der Wahl, aber jetzt nach der Wahl doch ähnlich, von Schicksalsschlägen heimgesucht in Gestalt eines nach Einsicht in die über ihn geführten Stasi-Akten „verunglückten“ Vorsitzenden, in dem alle Welt lange den künftigen Ministerpräsidenten gesehen hatte und der er sich, obwohl in den bislang bekannt gewordenen Stasi-Akten nichts „Verräterisches“ gefunden wurde, nun wohl für lange Zeit, wenn nicht überhaupt aus der hohen Politik hinauskatapultiert hat.

Aber wie sich nun verhalten, nachdem sie in den traditionellen sozialdemokratischen Kernlanden im Süden kaum einen Stich gemacht und in Berlin (Ost) trotz ihrer 34 Prozent von der PDS beinahe noch eingeholt worden wären? Soll man sich nun mit dem Sieger in eine große Koalition begeben oder nicht? Wie sieht es im Dreiecksverhältnis zu Bonn im bundesrepublikanischen Wahljahr aus? Wie findet man schon bei den Kommunalwahlen am 6. Mai zu einem besseren Start, gar zu einer Revanche? Letztlich ist es nicht die Führungsfrage, was belastet. Die Männer im zweiten Glied, *Markus Meckel* und Fraktions-

chef *Schröder*, *Meckel* vor allem, galten schon unter Böhme als erste Garnitur. Und mit dem Schicksal, daß sie in ihrer Führung nun vollends zur Pfarrer-Partei geworden ist, wird die SPD fertig werden. Es wird ja nicht ewig dabei bleiben. Die DSU war nicht viel mehr als Gegenstand obligaten Beleidigtseins wegen gelegentlicher übler Gleichsetzungen der SPD mit der PDS durch den DDR-CSU-Ableger. Der Widerstand gegen sie wurde mehr zum Nachwahlkampf, als daß sie wirkliches Koalitionshindernis war. Man brauchte etwas Zeit, um das Gesicht zu wahren und die Basis zu beruhigen. Schließlich hatte sich die SPD selbst auf eine breite Koalition festgelegt, als sie noch mit dem großen Sieg rechnete.

Das Wahlergebnis selbst gibt allerdings, man merkt es immer wieder im Gespräch, allen Rätsel auf, den Gewinnern, Verlierern, den Überraschten und Düpierten und, zahllos sind die Hinweise, den Wählern selbst. Die Sozialdemokraten rechteten mit sich. Der *Bund Freier Demokraten* – „Die Liberalen“ – suchten nach stiller Einigung auch mit den Resten der *Nationaldemokratischen Partei* und verhalten sich auch sonst still. Sie scheinen zunächst ein unschwieriger Koalitionspartner zu werden. Noch sieht man jedenfalls im ganzen Land Plakate von Genscher und Lamsdorff, sehr viel mehr als von Kohl, Brandt und Lafontaine. Genscher war der eifrigste westliche Wahlkämpfer in der DDR. Es hat den Liberalen außer in Halle wenig genützt. Doch ihr Ergebnis ist einsichtig. Nach vierzig Jahren real existierendem Sozialismus fehlt die mittel- und großbürgerliche Schicht, die in freien Gesellschaften nicht nur aus Neigung, sondern aus Interesse „liberal“ wählt. Die Schicht der kleinen Selbständigen – Handwerker und kleine Gewerbetreibende und Kaufleute –, sie ist sehr schmal. Es *konnte* nicht mehr sein. Die Liberalen werden lange brauchen, bis sie auf dem Gebiet der DDR wieder Fuß fassen – trotz Genschers in der DDR höchst akzeptierter Außenpolitik.

Aber die anderen, voran diejenigen, die den Umbruch aktiv gewollt und in Gang gebracht haben, vor allem die Kräfte, die sich im „Bündnis 90“ gesammelt hatten, warum wurden sie so völlig desavouiert? Unbekannte Leute, wie es in den westlichen Medien immer wieder hieß, waren die Vertreter vom „Neuen Forum“, von „Demokratie jetzt“ und auch von der gewiß als Randgruppe einzuschätzenden „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ nicht mehr nach den zahlreichen Fernsehauftritten seit den Novembertagen. Ein persönlicher Mangel an Glaubwürdigkeit kann den meisten von ihnen auch nicht nachgesagt werden. Und traute man den Parteien, von der verhassten, aber geschickt agierenden PDS abgesehen, wirklich mehr politische Professionalität zu? Sie mußten doch auch improvisieren, und ihre Kandidaten waren oft noch weniger bekannt. Aber das „Bündnis 90“ plädierte für Eigenständigkeit; nicht für Eigenstaatlichkeit, aber auch nicht für die schnelle Einheit über die DM, sondern für eine stufenweise, „neue“ Vereinigung. Das waren Vorstellungen an der Masse der Bevölkerung vorbei. Bonn mit dem verheißenden Wohlstand imponierte mehr.

Aber war es nur das? Im „Bündnis 90“ wird gegrübelt. Sehr emotional geht es zu noch eine Woche nach der Wahl, besonders bei der tapferen *Bärbel Bobley*. Manche sehen gar schon die Demokratie verspielt, sie wittern schon nicht mehr die Befreiung, sondern nur einen Wechsel in der Beherrschung einst durch das SED-Regime, jetzt durch eine von Bonn und vom westlichen Kapital gelenkte Union. Die PDS (und nicht nur einige radikale linke Gruppen) versucht die Stimmung – eine von vielen, man sieht es an Plakaten und gesammelten Transparenten – zu ihren Gunsten auszunutzen. Wie schon die Wahlen zeigten, nicht ganz ohne Erfolg. So einfach können Urteile in der Verbitterung sein. Verständlich insoweit, als mancher basisdemokratisch orientierte Reformers in der CDU nichts anderes als eine besonders widerliche Kombination von „Blockflöte“ und „rechtslastiger Kapitalistenpartei“ zu sehen vermag – letzteres sicher eine gründliche Verkennung speziell der DDR-CDU. Die meisten freilich fügen sich als redliche Demokraten dem Wählervotum, aber – das merkt man auch jetzt noch – nicht alle sind so souverän wie *Jens Reich* vom „Neuen Forum“, der noch in der Wahlnacht heiteren Gemüts erklärt hatte: Er freue sich. „Wir“ haben es angestoßen, und nun habe der Wille der Bevölkerung in der Wahl sich frei geäußert, das gehe in Ordnung. Erstaunlich blieb der geringe Zuspruch für die „Anschieber“ dennoch für die meisten. Immer wieder wird das in Gesprächen eingeräumt. Bis in die CDU hinein zeigt man sich darüber verwundert, empfindet nicht falsches Mitleid, aber Mitgefühl. Befriedigende Erklärungen waren nicht zu eruieren. Aber wie sagte jemand Gewichtiger vom Runden Tisch in Berlin mit fatalistischem Unterton: bei der Siegesfeier marschieren Paradetruppen auf, nicht die Kämpfer. Dies wird's wohl gewesen sein.

Ein mehrfach geschichteter Knoten ist aufzulösen

Aber sei's drum. Der Fried' im Vaterland ist gewahrt. Die Revolution blieb gewaltlos, von wenigen Ereignissen in Berlin und Dresden abgesehen. Noch immer ist zwar unklar, was in den kritischen Tagen des frühen Oktober in Leipzig und in Dresden wirklich Befehlslage war und wer dann eigentlich wie die Wende zu einem friedlichen Ausgang der Dinge endgültig sicherte. Später in Dresden ist zu hören, *Hans Modrow* weigere sich hartnäckig, dem auf Stadtebene eingesetzten Komitee, das die Oktoberereignisse untersucht, über seine Rolle als damaliger Bezirkschef Rede und Antwort zu stehen. So manchem erscheint Modrow nicht nur als populär, sondern bislang auch als zwielichtig.

Aber nicht nur der Fried' ist gewahrt, die Wahl ermöglichte auch die Bildung einer stabilen Regierung. Diese steht. Die Beteiligten haben Eigeninteressen zurückgestellt, die Situation ist stabilisiert, die Richtung der weiteren Entwicklung auf deutsche Einheit hin ist vorgegeben, und dennoch – dieser Eindruck drängt sich Schritt für Schritt auf – ist alles noch an einem ungewissen Anfang.

Die zu bewältigende Situation gleicht einem mehrfach geschichteten Knoten, in den eine Menge Ambivalenzen hineinverwoben sind. Ihn aufzulösen ohne unerträgliche Verwundungen wird zum mühsamen Geschäft der nächsten Jahre werden. Politiker und Bevölkerung und angesichts des bisherigen Systems selbst die Wirtschaft der DDR bräuchten dafür mehr Zeit, als vermutlich möglich ist und sie sich jeweils gönnen. Dreierlei findet gegenwärtig statt bzw. ist zu leisten: ein politischer Systemwechsel, ein Wechsel von der Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft, der seiner Natur nach keine Zwischenlösungen oder gar dritte Wege zulässt, und beides hat zu geschehen unter dem Vorzeichen der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Demokratie, Marktwirtschaft und nationale Einheit heißen die Lösungen.

Aber so einfach ist der Weg dahin nicht, wie es viele erhoffen und manche verheißen. Auch läßt sich nicht alles auf den erhofften Wohlstandszuwachs reduzieren. Marktwirtschaft habe keine „Erlösungskraft“ wollte ein evangelischer Bischof seinen Synodalen klar machen. Das gilt wohl nicht nur im religiösen Sinne als Rettungsversuch immaterieller Werte in einer Zeit, in der man mit der erreichten, auch erkämpften Freiheit endlich auch zu Wohlhabenheit kommen will. Zu verändern sind oder verändern werden sich – und das will die ganz überwiegende Mehrheit auch so – die gesamten Lebenszusammenhänge oder was in fast sechzig Jahren totalitärer Beherrschung zunächst durch Nationalsozialismus, dann durch stalinistisches und nachstalinistisches Satellitentum an „Gesellschaft“ geblieben ist. Zu verändern sind aber auch zwanghaft angewöhnte Verhaltensweisen.

Natürlich stehen gegenwärtig, reist man durch die DDR, fast in allen Gesprächen mehr noch als der politische Umbruch *wirtschaftlich-soziale Fragen* im Vordergrund. Wie werden sich die materiellen Lebensbedingungen unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen gestalten? Kann ich meinen Arbeitsplatz behalten, wenn die Marktwirtschaftler wirklich Platz greifen? Wie, in welchem Tempo und unter welchen Opfern kann die Umstellung gelingen?

Immer wieder wird einem *eine* Relation genannt: In den westdeutschen Großunternehmen des produzierenden Gewerbes sei das Verhältnis der Beschäftigten in Produktion und Verwaltung eines von 60 zu 40, in der DDR aber ziemlich genau umgekehrt: 60 in der Verwaltung und 40 in der Produktion. Gewiß eine sehr grobe Kennzeichnung – von einzelnen Unternehmen wird sogar das Verhältnis 3 zu 1 angegeben – aber sie drückt die Proportionen aus. Allen ist klar: Es gibt nicht nur die vielen in freier Konkurrenz, wo nicht nach Plan, sondern nach den Bedürfnissen der Nachfrage produziert wird, nicht überlebensfähigen Kombinate und volkseigenen Betriebe, es gibt vor allem auch die überhängenden Wasserköpfe in der Verwaltung und im Dienstleistungsbereich, die bei Umstellung, weil sie abgebaut werden müssen, Arbeitslosigkeit versprechen. Dies ist offenbar auch der Punkt, der manches westliche Unternehmen zögern läßt, sich in DDR-Unternehmen einzukaufen, per Kooperation oder auch durch

Übernahme, und nicht nur die bisher noch geltende Begrenzung auf eine 49-Prozent-Beteiligung oder das von der alten Volkskammer und der Regierung Modrow zu verantwortende, wenig unternehmensfreundliche Gewerkschaftsgesetz. Man sieht die Notwendigkeit der Entlassungen, vielfach sehen das auch die Betroffenen selbst, aber man scheut doch auch die sozialen Auseinandersetzungen.

Der Fastenprediger in St. Sebastian in Magdeburg – tags zuvor hat dort die Weihe des neuen Bischofs, eines pastoral klugen, sozial aufmerksamen und politisch doch eher zurückhaltenden Seelsorgers stattgefunden – meint allerdings bereits eindringlich, und viele andere tun es auch, warnen zu sollen. Der katholische Geistliche, örtlich gegenwärtig auch eine politische Größe als zeitweiliger Mit-herausgeber einer neuen Wochenzeitung und als Anreger und Begründer einer Wirtschaftsvereinigung aus Ökonomen, Betriebsleitern und Gewerbetreibenden, einer Art Handelskammer, wie er es nennt, meinte und sagte es in der Predigt: Während der revolutionären Phase und bereits davor habe man hilflosen Wirtschaftlern helfen müssen, indem man Experten vermittelte und sie mit diesen und untereinander ins Gespräch brachte. Inzwischen aber gelte es schon wieder mehr, sich zum Anwalt der abhängig Beschäftigten zu machen, denn nicht nur wo westlicher Einfluß spürbar werde, bekomme man es mit „kapitalistischen“ Methoden zu tun, auch die alten planwirtschaftlichen Manager, die nun umschalteten, gingen bei Entlassungen bereits ziemlich rigoros vor. Von Massenarbeitslosigkeit, dies gab auch er zu, könne man allerdings zumindest bislang noch nicht sprechen. Aber sie werde noch kommen.

Die Ängste sind mit Händen zu greifen

Allensbach sieht bis in den März hinein in seinen DDR-Umfragen zwar ständig *wachsenden Optimismus*, spricht man aber mit einzelnen, so sind die neuen Ängste doch mit Händen zu greifen. Oben im Norden, in Schwerin, erzählte eine Mittvierzigerin, nach ihrer beruflichen Stellung gefragt – sie hatte im Fernstudium „Ökonomie“ studiert und gehörte als eine Art Hauptbuchhalterin zur Zentralverwaltung des Apothekenverbundes des dortigen Bezirks: Sie repräsentiere in Person einen dieser Wasserköpfe, die schrumpfen müßten. Sie werde mit Sicherheit demnächst arbeitslos sein; aber sie habe keine Angst um ihre Zukunft, ihr Mann sei „bei Kirchens“ und sie habe drei oder vier Berufe gelernt, da werde sich schon etwas finden. Gott sei Dank kein Einzelfall in der DDR.

Aber schon im Norden, im Mecklenburgischen und Vorpommerschen, wo zu SED-Zeiten im Verhältnis zum industrialisierten Süden durchaus einiges an Entwicklung geleistet wurde, und wo die Bodenreform und einiges andere, wie der Wahlausgang zeigte, durchaus noch der SED-Nachfolgerin PDS gutgeschrieben wird, stößt man auf unsicheres Abwarten und auf Vorbehalte gegenüber

den sich abzeichnenden Veränderungen. Und später in Leipzig in einem Café in der Grimmaischen Straße sitzen neben mir auch zwei „Ökonomen“, Ende dreißig der eine, hochvierzig der andere. Sie machen sorgenvolle Gesichter: langsamer möchte man es angehen mit den Kooperationen und auch mit der Währungsunion. Der eine denkt wohl an das Sichselbständigmachen, der andere, aus der Verwaltung eines mittleren volkseigenen Unternehmens der mechanischen Industrie kommend und vom Typus her Parteigenosse, sieht wenig Hoffnung für sich und das Unternehmen. Man habe nicht die Zeit zur Anpassung, und so würden manche auf den Hund kommen.

Und in der Tat, wie soll man in einem an Gängelung und Zuweisung gewohnten Land über Nacht Menschen die örtliche und geistige Mobilität mit Arbeitsplatzwechsel, Ortswechsel, Umschulung usw. zumuten, wo selbst im marktwirtschaftlich mobiler gehaltenen Westen Leute Schwierigkeiten haben, von der Ruhr auf einen u. U. sogar besser bezahlten Arbeitsplatz an den Neckar zu wechseln. Auch innerhalb der DDR ist öfters zu hören: westdeutsche Investoren überlegten sich, ob es nicht besser sei, neu zu beginnen, als die nach westdeutschem Standard konkurrenzunfähigen Unternehmen mit deren vielfach veralteten Technologien und allen damit zu übernehmenden sozialen Problemen aufzumöbeln.

Ängste aber gibt es – übrigens auf breiter Front auch im Bildungs-, vor allem im Universitätsbereich – nicht nur wegen der Arbeitsplätze. Ängste gibt es auch wegen der möglichen künftigen Entwicklung der *Mieten*, von den forsch auftretenden alten Eigentümern aus dem Westen, die kommen und ohne Kontakt zu den jetzigen Eigentümern bzw. Mietern ihre „Besitztümer“ vermessen, ganz zu schweigen. Sie sind übrigens etwas vom Widerlichsten, mit dem es manche DDR-Bewohner gegenwärtig zu tun bekommen. Dabei ist davon auszugehen, daß nicht jeder jetzige Besitzer mit ruhigem Gewissen auf seinem Besitz sitzt. Aber abgesehen von der in vielen Fällen schwer zu regelnden Eigentumsfrage, für das Wohnungswesen gilt ein Stück weit dasselbe wie für den Beschäftigungsbereich: Arbeit wird es vom Ausbau der Infrastruktur über die Gebäuderenovierung, den Ausbau der Verkehrswege bis zum Fremdenverkehr und dem Umweltschutz genug geben. Das Problem ist die Umstellung und die Frage, in welchen Fristen sie gelingen und mit welchen Potentialen sie bewerkstelligt werden kann. Im Wohnungssektor zeigt sich derselbe Zwiespalt: Man sieht, wie sehr im sozialistischen Einheitsgrau der Immobilienbestand verrottet ist und fürchtet doch nicht nur die Folgen der Umstellung auf dem freien Wohnungsmarkt, sondern die Umstellung selbst. Wen wundert's, wenn versucht wird, die Angst vor Überteuering oder Verarmung oder von beiden durch Verfassungskosmetik – Einbau sozialer Grundrechte: Recht auf Arbeit, Wohnung und Bildung – zu zähmen.

Und nichts vermochte mehr Unsicherheit zu wecken als der denn doch hinfällig gewordene Vorschlag der Bundesbank, die deutsche Währungsunion zum Umtauschkurs von 2 zu 1 herbeizuführen. Zu Besuch bei einem

Diasporapfarrer im Braunkohlengebiet südwestlich von Halle – da erfährt man noch gründlicher, was Umweltzerstörung ist, als in Halle oder Leipzig – sitzt die Haushälterin, eine noch rüstige Witwe, die dem Geistlichen wohl nur mit einigem Widerwillen in das unwirtliche Gebiet gefolgt war, die ganze Zeit mit starrem Gesicht da, während der Pfarrer von den Wirrnissen und Erfolgen des örtlichen Runden Tisches und von sich und dem noch obwaltenden SED-PDS-Bürgermeister erzählt. Der Gast entschuldigt sich dreimal wegen der sonntäglichen Störung, da platzt es aus ihr heraus: Nichts mehr wissen wolle sie von Politik, sie habe wieder einmal auf die falsche Partei gesetzt, sie habe ehrlich angespart, was möglich war, und jetzt kämen „die Räuber“, und das meiste werde wieder weg sein. Das Sonderkolleg des Pfarrers über Kaufkraftvergleiche fruchtete nichts, das Gesicht hellte sich nicht auf.

Ein Einzelfall diesmal gewiß, aber ein sehr typischer. Sorgen der kleinen Leute? Beileibe nicht nur. Ein Kommissions-Kaufmann im Dresdner Raum, der mit monetären Relationen durchaus umzugehen weiß, sich einen gewissen Wohlstand durch Erbe und Zugewinn bewahrt hat und sich nun auf dem Weg in die Verselbständigung aufmacht, drückte es anders, aber nicht weniger drastisch aus: Unverantwortlich sei, was Politiker sagten und machten, und: „Wir in der DDR müssen für das Dritte Reich und den verlorenen Krieg zweimal bezahlen, 1945 und danach und jetzt mit der Vereinigung noch einmal.“ Da mochte der Bundeskanzler auch gar nichts versprochen haben, er hatte nur einmal – in Cottbus – von einem Umtausch für Kleinsparer von 1:1 gesprochen, der Wahlkampfoptimismus, den er verbreitete und der der Union den Sieg brachte, reichte, daß ihm vom Hilfsarbeiter bis zum evangelischen Bischof *Forck* „Wortbruch“ vorgeworfen wurde. Wer konnte und wollte angesichts des verwirrenden öffentlichen Geschwätzes überhaupt noch wissen, was gesagt oder nicht gesagt, versprochen oder nicht versprochen wurde.

Zu renovieren ist die Gesellschaft

Und was die kleinen Leute betrifft: Die DDR ist oder war bisher, da hat *Günter Gaus* recht, „das Land der kleinen Leute“. Was *Gesellschaft* war, wurde von der Partei aufgezehrt. Die Reste des Bürgertums haben sich in die privaten Nischen verkrochen. Die sehr schmale Schicht von Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern konnte sich, zwischen Anpassung und Widerstand lavierend, gerade auf diesem Hintergrund Respekt und Ansehen verschaffen. Jetzt, wo sich ihr Gewicht verliert, rufen sie fast als erste nach sozialer Absicherung durch die öffentliche Hand. Bestimmend aber war die Funktionärsschicht, die als herrschende Klasse den ererbten Obrigkeitsstaat bis zur Perfektion auf sozialistisch ausstattete und die Menschen durch ihn in Abhängigkeit hielt. Die Stasi, an der sich die DDR-Bevölkerung jetzt noch einmal zu zerfleischen droht, war nur der pervertierte, besonders krasse

Ausdruck solcher letztlich sich selbst im Wege stehender obrigkeitsstaatlicher Perfektion.

Da die Gesellschaft vom sozialistischen Obrigkeitsstaat praktisch verschlungen wurde, ist gerade gesellschaftlich überall neu anzufangen. Und wenn auch die Umstellung der Wirtschaft drängt und deren soziale Begleiterscheinungen bedrängen, so ist doch die Renovierung der Gesellschaft die noch schwerer aufzulösende Schicht im Knoten als die *organisatorische* Umstellung auf die Marktwirtschaft. Alles ist von Grund auf zu renovieren, das Recht, die Justiz, das Gesundheitswesen, die Eigentumsverhältnisse, Erziehung und Bildung, und selbst manche soziale Errungenschaften werden ihrem Ruf nur auf den ersten Blick gerecht: Billige Wohnungen, sichere Kindergärten und -krippen, Gratisversorgung in ärztlichen Ambulatorien und Krankenhäusern: sie sind *Errungenschaften weitgehend nur als Teil des Systems*. Die DDR-Krankenhausmisere ist nicht nur eine fehlender Ärzte, die Bürokratie übersteigt bei weitem den technischen und humanen Standard. Daß eine den Fall ins Nichts absichernde Arbeitslosenversicherung einer Politik der Vollbeschäftigung jenseits wirtschaftlicher Rentabilität bei weitem vorzuziehen ist, wird auch in der DDR nicht mehr bestritten. Und über die erzieherische Ambivalenz und über die Folgen für die Eltern-Kind-Beziehungen der frühen Verfrachtung der Kinder in Kinderkrippen und -horte sind sich auch viele Eltern in der DDR im klaren, so sehr Arbeitsplatzschutz und Erziehungs- resp. Mutterschaftsurlaub und die Entlastung durch Krippen und Horte willkommen sind.

Dabei ist der innerste und wahrscheinlich am schwersten aufzulösende Knoten noch kaum angesprochen: die Einflüsse, die von einem über vierzigjährigen obrigkeitsstaatlichen, mehr schlechten als rechten Versorgtsein auf die *seelischen Antriebskräfte* der Menschen ausgegangen sind. In immer neuen Variationen wird es einem gesagt: Man hat sich – im Lebensnotwendigsten versorgt – daran gewöhnt, die jeweils vorgeschriebenen Wege zu gehen. Man richtete sich ein in der Befehls- und Spitzelgesellschaft, man war unzufrieden, aber fand seine private Nische im kleinen Wohlstand der Zweiklassengesellschaft (aus Funktionären und Untertanen, oder von DM-Besitzern und Nicht-DM-Besitzern, von solchen mit Verwandten und solchen ohne Verwandte im Bundesgebiet) des Arbeiter- und Bauernstaates zu Hause und/oder in nach sozialistischen Normen stetig ausgebauten Schrebergärten. Man war dabei erfinderisch. Aber jetzt sich der freien Konkurrenzgesellschaft aussetzen? Und überhaupt das Umschalten vom Wegräumen des Regimes auf Wiederaufbau. Überall begegnet einem das schwierige Prinzip von Destruktion und Konstruktion. Es bereitet Vergnügen, bisher Verantwortliche in den Kommunen und in den berufsständischen Einrichtungen abzuwählen. An den Runden Tischen wird noch viel parliert, aber um dann konkrete Verantwortung zu übernehmen, so wird immer wieder versichert, bedürfe es doch noch viel zusätzlicher Schubkraft.

Der Mut zur Selbständigkeit, zur eigenen Existenzgründung, da und dort kann man ihm begegnen. Man merkt aber auch das Zögern. Daß beim raschen Einswerden mit der Bundesrepublik beträchtlich viele unter die Räder kommen, auszuschließen ist das nicht. Gerade hier zeigt sich noch einmal die Ambivalenz, zeigen sich Vor- und Nachteile des Hintergrunds Bundesrepublik. Sich auf die Bundesrepublik verlassen: das entfesselt nicht nur Kräfte, es lähmt auch welche. Langsames Zusammenwachsen wäre besser. Aber das Wohlstandsgefälle, die künstliche Grenze und nationaler Eifer drängen zur Vereinigung. So ist die Schocktherapie, vorab die der Währungsunion, unvermeidlich.

Die Kirchen als Orientierungshelfer

Bieten *die Kirchen* Orientierung in dieser Situation? Sie können den Prozeß nur begleiten, mitsteuern können sie ihn kaum. Freilich sie sind in der DDR gegenwärtig viel beschäftigt und durchaus gefragt. Und sie selbst erleben am leibhaftigsten das Mißverhältnis zwischen nachgefragten und vorhandenen Kräften, aber auch zwischen Kirche als diakonischer Instanz mit gesellschaftspolitischer Stellvertreterschaft und Kirche als Glaubensgemeinschaft und Glaubensverkünderin. Überall sind Geistliche präsent, Geistliche beider Konfessionen: als Vermittler an den Runden Tischen, als Verhandlungspartner mit Behörden, bei der Zusammenstellung von Wahlausschüssen. Dutzende evangelischer Pfarrer bevölkern die Parteien, setzen sich an deren Spitze und beteiligen sich gleich zu mehreren an der neu gebildeten Regierung.

Daß es so ist, ist gerade auf dem Hintergrund der DDR-Verhältnisse nicht verwunderlich – trotz der Diskrepanz zwischen politischer Optik und tatsächlicher volkswirtschaftlicher Verankerung kirchlichen Lebens in der Bevölkerung. Die Kirchen waren eben so ziemlich das einzige, was der totalitäre Sozialismus an gesellschaftlichen Kräften in einem strikt umgrenzten Raum in einiger Unabhängigkeit bestehen ließ. Deswegen konnte die evangelische Kirche aufgrund ihrer gesellschaftlich-kulturellen Verwurzelung als „Mehrheitskirche“ in der DDR-Bevölkerung den oppositionellen Kräften auch den Raum bieten, wo sie sich zusammen mit engagierten Christen und unter aktiver Mitwirkung einzelner Geistlicher mit Duldung der Kirchenleitungen sammeln und artikulieren konnten.

Jetzt nachdem das System als Machtapparat zusammengebrochen ist und die alles beherrschende Staatspartei sich zurücknehmen mußte, sind es wiederum die Kirchen, die am ehesten helfen können, das aufgerissene gesellschaftlich-institutionelle Vakuum zu füllen. Sie gelten, wie immer sie vorher widerstanden oder mit den Zuständen sich abgefunden haben, als (insgesamt) nicht belastet, als nicht vom Regime korrumpiert. Deswegen sind kirchliche Mitarbeiter so vielfältig öffentlich und gesellschaftlich in Anspruch genommen. Wenn aber speziell evangelische Pfarrer – zum erstenmal kandidiert auch ein katholischer

Ordensmann in Dresden für das Kommunalparlament, und die kirchlichen Oberen scheinen ihn bislang nicht zurückgepfiffen zu haben – sich parteipolitisch betätigen und sich um Regierungsposten bewerben, so hat das auch damit zu tun, daß beträchtlich viele evangelische Pfarrer auf dem Hintergrund einer sehr kirchenfernen und sehr säkularen Lebensweise der Gesamtbevölkerung als Hirten arg geschrumpfter Gemeinden ihre geistlichen Pflichten gleichsam in Teilzeit ausüben und einem evangelischen Pfarrer Politik als ein Feld öffentlicher Verantwortung mit teilweiser theologischer Rechtfertigung sich geradezu aufdrängt.

Aber noch einmal sollte man sich von der Optik nicht täuschen lassen. Leer geworden ist jetzt alles, was *geistig-ideologisch* von der Staatspartei und deren marxistisch-leninistischer Doktrin besetzt war: in den Schulen, im gesamten Bildungswesen, in den verschiedenen berufständischen Einrichtungen und Gruppierungen. Die Nachfrage nach geistiger, ethischer, auch weltanschaulicher Orientierung in all diesen Bereichen ist groß. Der an der sozialistischen Staatsdoktrin ausgerichtete *staatsbürgerliche Unterricht* ist abgeschafft. Ein Lehrplan der Staatsbürgerkunde, wie er bis zur Wende in der DDR maßgebend war, ließ sich selbst in der größten Jenenser Volksbuchhandlung erst nach erheblichem Nachfragen finden. Säkulare Gesellschaften sind aber in solchen Situationen leicht verlegen. Was an die Stelle setzen? Man kennt das Problem aus westlichen Ländern: bei der Einrichtung eines Ersatzfaches für den Religionsunterricht. So ist in der DDR jetzt an Stelle der Staatsbürgerkunde sogar eine Art religionskundlicher Unterricht möglich und in Einzelfällen, so wurde jedenfalls berichtet, könnten auch Geistliche ihn erteilen, wenn sie wollen und können.

Ein Akademikerseelsorger im Sächsischen wiederum zeigt dem Gast nicht ohne Stolz die Einladung eines höheren NVA-Offiziers an ihn, im Rahmen eines Seminars für Armeeingehörige Vorträge über den Beitrag des christlichen Menschenbildes zur ethischen Orientierung zu halten. Selbst die PDS versucht, sich mit gezielter Aufmerksamkeit den christlichen Kirchen anzunähern. Nachdem sie den Christen gleichsam öffentlich Abbitte für an ihnen begangenes Unrecht geleistet hat, bemüht sie sich nun, mit sanfter Tendenz zur Vereinnahmung die inhaltliche Nähe des christlichen Sozialethos und ihrer sozialistischen Ideale hervorzuheben. Sie weiß warum.

Dennoch ist es auch für die Kirchen nicht einfach, im gegenwärtigen Umbruch die rechte Orientierung für sich selbst zu finden. In der *katholischen* Kirche als kleiner Minderheitenkirche ist das Bewußtsein, sich nicht übernehmen zu wollen, wohl ausgeprägter, was aber einem wachsenden Gruppenselbstbewußtsein keinen Abbruch tut. Der Streit geht eher um den rechten Weg: starke Strukturen oder offene Kirche mit (bescheidener) geistlicher Ausstrahlung über Gottesdienst, Gemeinden und Personen. Im Grunde besteht weithin Einigkeit in beiden Kirchen, daß es gilt, beim eigenen Leisten zu bleiben, aber in einer gesellschaftspolitisch sensiblen Weise.

Nachgedanken über Gesamtdeutschland

Wer gegenwärtig durch die DDR reist, stößt – wie könnte es anders sein – ständig auch auf Bundesrepublikanisches: von der leidigen DM-Umtausch-Debatte über die verschiedenen Joint-Venture-Gestalten, denen man in den Städten des Südens so oft begegnet wie auf den Überlandstraßen den LKWs der Sowjetarmee, bis zu den fliegenden Händlern aus der Bundesrepublik und den Verkäufern westdeutscher Kirchenzeitungen, die ihren Abonnementschwund im Westen durch die jetzt geöffnete DDR ein wenig aufhalten möchten und die nicht nur bei den bescheidenen einheimischen Blättern, sondern auch bei den in der DDR ortsansässigen Bischöfen zu Recht auf wenig Verständnis stoßen.

Sympathisch wirkt da vieles nicht, was aus der Bundesrepublik kommt: zu wenig Fingerspitzengefühl, zu sehr herablassender Ton und nicht selten Bauernfängerei. Aber man verdrängt das unterwegs, es gibt auch für die Rückreise noch genügend DDR-Bezogenes, über das nachzudenken ist: die Mythen, die sich in der und über die Revolutionsphase gebildet haben (Später wird doch wieder geklagt werden, daß auch diesmal und in diesem Teil Deutschlands dank Gorbatschows, der Polen und der Ungarn nur eine „halbe Revolution“ gelungen sei.), über die Art, wie sich eine zwangsweise abgeschlossene, isolierte Bevölkerung nun öffnet, über das in der DDR noch unberührtere nationale Erbe, über die in der DDR eher noch stärker als im Westen ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit. (Ein Leipziger Studentenpfarrer erzählt ungerührt, daß der deutsche Student mit seinem angolanischen oder vietnamesischen Zimmergenossen im Studentenheim sich über nichts unterhält, was den anderen persönlich angeht).

Aber dann auf der Rückreise an Eisenach und der Wartburg entlang und schließlich vorbei an den noch hohen Metallgittern der Sicherheitszone und den leergewordenen Wachtürmen gleiten die Gedanken über DDR-Bezogenes und Bundesrepublikanisches wie von selbst hinüber in Deutsch-Deutsches. Ernstes und weniger Ernstes vermischt sich. Deutschland wird also unter welchen Verwerfungen auch immer bald wieder eins sein. Angesichts des Tempos, das von großen Teilen der Bevölkerung der DDR und von Bonn ausgeht, ist das Zeitlassen-Argument fast nur noch von hypothetischem Wert. Da drängen sich seltsamerweise die Umfragen zum Hauptstadtproblem eines vereinigten Deutschland in den Sinn. Die übergroße Mehrheit will wieder Berlin. Aber Berlin oder Bonn, beide befinden sich in einem vereinigten Deutschland in Randzonen. Knapp 60 km sind es von Berlin bis Frankfurt an der Oder. Die meisten DDR-Bewohner, besonders in der Mitte und im Norden, haben natürlich ein ganz anderes Nahverhältnis zu Berlin als jemand aus dem Südwesten der Bundesrepublik. Für sie ist Berlin auch als DDR-Hauptstadt ein Stück Selbstwertgefühl. Aber wird das mit Berlin so nahe an der polnischen Grenze und mit preußi-

scher Reichstradition gutgehen – nach innen und nach außen? Manche aufstrebenden Länder setzen heute ihre (Retorten-)Hauptstädte irgendwohin in wenig besiedelte Gebiete zwischen Pampa und Urwald. In Deutschland geht so etwas nicht, höchstens vergleichsweise gegen Norden zu, zwischen Stendal und Wittenberge, zwischen Bismarck und Hindenburg. Ein „Bundesdistrikt“ von Kassel bis Göttingen und hin zum Eichsfeld, das wäre ein Neuanfang eines Deutschen Bundes jenseits der Preußengeschichte und des Reichsgedankens. Wenn schon nicht Frankfurt, warum dann nicht ein Neuanfang? Solche Diskontinuität würde durchaus in die Kontinuität deutscher Geschichte passen.

Aber dann drängt sich wieder Ernsteres vor. Wenn die Einheit Wirklichkeit wird, wird sich auch in der Bundesrepublik vieles ändern, ob sie nun nach Art. 23 oder nach Art. 146 oder in welcher Kombination von beiden auch immer erfolgt. Verfassungsdiskussionen, neue und alte, werden so oder so ins Haus stehen. Auch die Kirchen werden sich auf Veränderung einzustellen haben. Nicht weil, wie manche jetzt schon bemerken, Gesamtdeutschland wieder *protestantischer* wird, als es die Bundesrepublik ist, sondern weil durch den DDR-Teil der Anteil der Konfessionslosen auch in Gesamtdeutschland beträchtlich höher wird. Die „Säkularisationsdiaspora“, von der Bischof Demke spricht, wird sich hier wie dort weiter ausbreiten. Einem Bischof im Norden der DDR referierte ich ein Diktum eines westdeutschen Bischofs: Hier im Westen ließen sich wegen der latenten Übergänge Christen von Nichtchristen kaum unterscheiden, er sei eigentlich über die vielen nichtgetauften Zuwanderer aus der DDR froh, da wisse man wieder, wie man dran sei. Darauf meinte dieser nur, der Mitbruder im Westen möge seine Freude dran haben, er teile sie nicht. Die Zeiten, ließ er durchblicken, werden für alle nicht leichter, sondern eher härter. Trotz aller Gegenerscheinungen jetzt, die harte Form der Säkularisierung ist in der DDR noch weiter fortgeschritten als hier. Die kleine Schar praktizierender Katholiken macht dort etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Mehr als ein bis zwei Prozent stellen aber auch die „praktizierenden“ Protestanten nicht. Es werden also bescheidene Verhältnisse, die allerdings trotz Streit über Ziele und Wege auch zusammenführen. Aber einer neuen Debatte über ihre öffentlich-rechtliche Stellung werden die Kirchen in einem vereinigten Deutschland kaum entgehen.

Der Fried' im Vaterland

Und noch andere, politischere Fragen stellten sich ein auf dem Wege zurück, z. B. wie das Parteiensystem in einem vereinigten Deutschland aussehen wird und wieviel Stabilität oder Instabilität davon zu erwarten ist. Die CSU hat sich mit der DSU in der DDR auf ein Abenteuer eingelassen, ob sie ob des eigenen Niedergangs in Bayern darüber froh wird? Die „nationale“ Frage hat das bestehende Parteiensystem vorübergehend noch einmal stabilisiert, und

die DDR-Wahlen haben diese Stabilität auf recht hintergründige Weise bestätigt. Aber wird es auf die Dauer dabei bleiben?

Und wenn sich Deutschland in und mit seinen Kerngebieten vereinigt in einer noch stärker akzentuierten föderalen Struktur, wird Deutschland dann ohne neue nationalistische Ausbrüche zu einer Identität finden, zu der die Deutschen selbst und die europäischen Nachbarn stehen können? Der Fried' im Vaterland ist, trotz der vielen Que-

relen, die es hin und her noch geben wird, wohl für absehbare Zukunft gesichert – nach innen; nach außen kann er nur durch europäische Einbettung Bestand haben. Und da bleibt (siehe Europäische Akte, Gemeinsamer Markt, KSZE und Abrüstung) das Sich-Zeit-lassen-Argument wohl doch nicht ganz hypothetisch. Jedenfalls wäre es ein beruhigender Vorgriff auf die Zukunft, wenn das europäische Zusammenwachsen mit dem Einswerden der Deutschen einigermassen Schritt halten könnte.

David Seeber

„Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Realität anders ist“

Fragen an Konrad Weiß

Konrad Weiß ist einer der führenden Vertreter von „Demokratie jetzt“. Er ist Volkskammerabgeordneter und einer der Sprecher des „Bündnis' 90“. Er ist Filmregisseur und lebt in Ostberlin. Weiß zieht eine Bilanz der Entwicklungen seit der „Wende“ aus dem Blickpunkt jener Kräfte, die schon vor den Oktober- und Novemberereignissen des vergangenen Jahres in Opposition zum SED-Regime gegangen waren und die nach den sehr geringen Erfolgen bei den Volkskammerwahlen vom 18. März inzwischen zusammen mit den Grünen die nichtsozialistische Opposition stellen.

HK: Herr Weiß, die Wahlen zur Volkskammer sind gelaufen, die erste Phase nach der Wende ist damit abgeschlossen. Wie soll es nun in der DDR weitergehen?

Weiß: Ja, wie soll es weitergehen? Das ist gegenwärtig die große Frage auch für uns. Es ist ganz einfach so, daß wir als Oppositionelle von der rasanten Entwicklung auch überrascht sind. Wir haben in den vergangenen Jahren vorausgedacht und unsere Gesellschaftsmodelle entwickelt. Aber niemand hatte geahnt oder hätte geglaubt, daß sich in so kurzer Zeit eine so radikale Wende vollziehen würde, oder daß wir sie vollziehen würden. Und wenn man den Zeitraum betrachtet von September bis heute, dann hat sich in diesen 6 Monaten für mich, für viele meiner Freunde mehr ereignet als sonst in einem Jahrzehnt. Wie soll es weitergehen? Im Augenblick stehen wir natürlich immer noch unter dem aktuellen Eindruck des Wahlergebnisses. Ich finde es vor allem katastrophal, aber bezeichnend, daß die PDS so große Zustimmung bei den Wahlen gefunden hat, hier in Berlin teilweise über 30 Prozent, und daß wir, die wir diesen Umsturz angeschoben haben, so weit unten gelandet sind.

HK: Daß die Oppositionsgruppen, die den Prozeß in Gang gebracht haben, recht schlecht abschneiden würden, war nach allen Umfragen vorauszusehen, auch wenn es selbst manche Ihrer Gegner bedauern, daß es so ge-

kommen ist. Daß die PDS so gut abschneiden würde, nicht. Was ist Ihr Urteil? Was hat dazu beigetragen, sind das die Reste des SED-Regimes und derer, die davon profitieren? Hat die Leitfigur Modrow stark dazu beigetragen, oder war es schon Zeichen der Verunsicherung im Blick auf die deutsche Einigung und das, was dann aus der Bevölkerung der DDR wird?

Weiß: Es ist ein ganzes Bündel von Motiven. Aber eines, glaube ich, kann man nicht sagen, daß es die Reste der alten SED gewesen wären, die jetzt PDS gewählt haben. Die Wahlanalysen zeigen, daß 75 Prozent der damaligen Mitglieder der SED nicht die PDS gewählt haben. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit Herrn Gysi von der PDS zu sprechen. Er bestätigte, was ich auch von anderen gehört hatte. Es gibt zumindest zwei starke Strömungen in Richtung PDS. Das eine sind überzeugte Kommunisten, die jetzt in der PDS wieder eine Chance sehen, zum Teil auch Kommunisten, die ausgeschlossen wurden und jetzt zurückkehren. Die zweite Gruppe, und das kann ich bestätigen, sind junge Leute. Das ist ganz erstaunlich und das hängt, denke ich, damit zusammen, daß das, was durch die Öffnung der Grenzen in den letzten vier Monaten geschehen ist, verbunden war mit einem erheblichen Werteverlust. Sie haben das, woran sie geglaubt haben, verloren. Das ist nicht zu umschreiben mit Sozialismus oder DDR...

„Sie haben das, woran sie geglaubt haben, verloren“

HK: Mit was dann?

Weiß: Für viele junge Leute war die DDR das, was ihnen vertraut war. Sie sind hier aufgewachsen. Es ist ihre Heimat. Sie haben nichts anderes gekannt. Und die Wirklichkeit aus dem Westen, die sie über den Fernseher